

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

28. September 1968 - 78/11
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

ANWEISUNGEN AUS DEM VERTRAULICHEN ORGANISATIONS-PLAN DER FÜHRUNGS-
SPITZE DER NPD (SEITE 3)

GRIECHISCHE OPPOSITIONSGRUPPEN RUFEN ZUR SOLIDARITÄTS-DEMONSTRATION
HEUTE, SONNABEND, 10 UHR, AUF (SEITE 7)

DER DIKTATOR UND FRIEDENSPÖET SENGHOR - AUSLESE AUS AUSLASSUNGEN SEI-
NER FREUNDE (SEITE 8)

DAS "MAHLER-PAPIER" - DER UNGEKÜRZTE WORTLAUT EINES DISKUSSIONSBEI-
TRAGES, DER WESTBERLINS SPD-SPITZE ERREGTE (SEITE 9)

GRIECHEN: AUFRUF ZUR SOLIDARITÄTSDEMONSTRATION

Die oppositionellen griechischen Organisationen in Westberlin haben für den heutigen
Sonnabend, 28. September, 10 Uhr, zu einer Solidaritätsdemonstration aufgerufen. Sie
soll vom Wittenbergplatz zur Militärmission in der Uhlandstraße 7 (Nähe Kantstraße)
führen. Die Demonstration richtet sich gegen die Farce der Volksabstimmung über eine
neue griechische Verfassung. Die Griechen rufen "alle demokratischen Bürger Westber-
lins und alle antifaschistischen Organisationen auf", sich mit ihnen solidarisch zu er-
klären und an der Demonstration teilzunehmen (siehe Aufruf im Dokumentationsteil die-
ser Ausgabe, Seite 7).

WAFFEN FÜR VIETNAM: WESTBERLINER SPENDETEN 10 000 DM

Verschiedene Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition in Westberlin haben eine
Summe von genau 10 000 DM gesammelt. "Äußerst preisgünstig", so erfuhren wir, wur-
den für diese 10 000 DM in Belgien israelische Uzi-Maschinenpistolen und deutsche Wal-
ther-Pistolen samt Munition eingekauft und via Antwerpen in einen nordvietnamesischen
Hafen verschifft. Die Fracht übernahm ein französisches Schiff. Die Hilfswaffen-Ladung
wird in Nordvietnam Vertretern der Südvietnamesischen Befreiungsfront FNL übergeben.

JUSTIZSENATOR: "EXTRA-DIENST-BRIEF IST STRAFANZEIGE"

Am 20. September antwortete der Westberliner Senator für Justiz - vertreten durch Dr.
Uhlitz - der EXTRA-Dienst-Redaktion auf ihren "Offenen Brief" vom 13. August (Ausgabe
65/II). EXTRA-Dienst hatte damals die Horst-Mahler-Broschüre "Wie Westberliner
Staatsanwälte den Landfrieden wiederherstellen und das Recht brechen" herausgebracht
und den Justizsenator darauf hingewiesen, daß "sich aus den dokumentarisch belegten
Tatsachen gegen mehrere Staatsanwälte - insbesondere gegen den Leiter der politischen
Abteilung der Staatsanwaltschaft, den Oberstaatsanwalt Severin - der dringende Verdacht
der Begünstigung im Amte ergibt." Dazu jetzt der Senator für Justiz: "Ich teile Ihnen mit,
daß ich mich von dem Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin durch eine aus-

fürliche Stellungnahme habe unterrichten lassen. Ich sehe Ihr Schreiben als Strafanzeige sowie als Dienstaufsichtsbeschwerde an, über die nunmehr zunächst der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin zuständigkeitshalber entscheiden wird."

SCHÜTZ: ERKENNTNISSE NICHT OFFENGELEGT

Die Quasi-Regierungserklärung, die Westberlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz am Donnerstag dieser Woche im Abgeordnetenhaus abgab, ließ nach Ansicht informierter Kreise wenig von den Problemen der Stadt sichtbar werden, die sich derzeit auf zwei Punkte konzentrieren: Erstens die immer bedrohlicher werdende Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung, und zweitens die immer deutlicher zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Senat und westlichen Alliierten. Nach Aussagen best-informierter Kreise ist das Klima zwischen Amerikanern und Senat so kühl wie selten, was vor allem auf das Drängen gewichtiger Senatskreise auf eine "Berlin-Erklärung" und einen "verbesserten Status" von Westberlin zurückgeht (siehe EXTRA-Dienst 76/II: Status-Diskussion in der SPD und alliierte Verordnungen). Ungenau, wenn nicht unwahr, wird diese Situation in der Donnerstag-Erklärung von Schütz gekennzeichnet mit: "Wir können auch von einem weitgehenden Einverständnis mit den Schutzmächten ausgehen". Korrekter ist dagegen der Hinweis, daß es "jetzt das erste Mal volle Übereinstimmung zwischen Bundesrepublik und Senat von Berlin über den Platz Berlins im Rahmen der Bundesrepublik gibt". Das ist dann genau der Punkt, an dem alliierte einerseits, westdeutsche und Westberliner Positionen andererseits diametral auseinandergehen.

Westberlins Bürgermeister setzte sich auch mit Veröffentlichungen mehr oder minder vertraulicher Dokumente auseinander, die die Lage der Stadt eher kennzeichnen als schönfärberische Erklärungen. Die in diesem Zusammenhang peinlichste Veröffentlichung - die der Studie des Bonn-Westberliner Kontaktausschusses über die bevölkerungspolitische Entwicklung der Stadt im EXTRA-Dienst vom 18. September - wurde dabei nicht angesprochen, obwohl sie in SPD- und Senatskreisen tiefes Unbehagen ausgelöst hat - und Recherchen, wie EXTRA-Dienst an diese Studie gekommen ist.

Schütz wandte sich hingegen - ohne Namen des Dienstes und Herausgeber zu nennen - besonders gegen den im allgemeinen recht gut informierten und informierenden Informationsdienst "Vertrauliche Mitteilungen" des CDU-Bundestagsabgeordneten Arthur Missbach, der den "Exitus" Westberlins für einen Termin voraussagte, der etwa vier Wochen vor der nächsten Bundestagswahl liegt; EXTRA-Dienst-Informationen besagen, daß die Westberlin-Krise etwa acht Wochen später eintreten dürfte (siehe EXTRA-Dienst vom 25. September: Feindstaaten-Klausel und NPD). Aber auch Missbach ist schließlich nicht irgendwer: Er ist ein Vertrauensmann der westdeutschen Industrie im Deutschen Bundestag. Schütz in seiner Donnerstag-Erklärung wörtlich:

"Was wir sehen und womit wir uns auseinandersetzen müssen, ist ganz allgemein das Unbehagen und die Unsicherheit, die von außen wie innen in die Stadt hineingetragen werden. Und wir müssen erkennen, daß es hier zuerst und vor allem gerichtet ist gegen das Selbstvertrauen der Berliner und gegen das Vertrauen in die Zukunft dieser Stadt. Und da gibt es nicht nur die 'Iswestija' und ihre Drohungen, sondern es werden bei uns selbst Gerüchte, Berichte und sogenannte Hintergrundinformationen in Umlauf gesetzt, die sich - sicherlich ungewollt - mit den Absichten jener treffen, die seit eh und je diesen Teil Berlins seiner Freiheit berauben wollen. Wenn in einem Mitteilungsdienst über Wirtschaft und Politik aus Hannover beispielsweise seit langem immer wieder betont wird, daß Berlins Schicksal praktisch entschieden sei, so braucht man sich über manche Unsicherheit nicht zu wundern, die es gibt. Nur ein Zitat: 'Als Endtermin für den Status einer 'Freien Stadt' kursieren jetzt in Moskau und Ostberlin Daten, die etwa vier Wochen vor der nächsten Bundestagswahl liegen'. Diese Darstellung ist unglaublich. Sie ist unwahr und stützt sich auf keinerlei Tatsachen. Aber wir wissen, daß derartige dauernde Hinweise, es werde schon so gut wie automatisch zu Ende gehen, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf das Meinungsbild und das praktische Verhalten mancher Mitbürger hier und im Westen unseres Landes gehabt haben. Und das ganze wird nicht besser dadurch, daß der Herausgeber des betreffenden Dienstes Mitglied des Deutschen Bundestages ist."

EXTRA - Dienst Nummer 78/II hat eine verbreitete Auflage von 4 300 Exemplaren

NEONAZIS: GEHEIMER ORGANISATIONSDIENST FÜR NPD-VORSTAND

Die NPD wird als Nachfolgeorganisation der NSDAP in den nächsten Bundestag einziehen. Alle Verbotsabsichten, sofern sie überhaupt ernsthaft bestehen, kommen wahrscheinlich zu spät - sowohl juristisch als auch politisch. Denn diese Partei hat ihre bisherige Zeit genutzt, um notfalls auch in der Illegalität ihre "Schlagkraft" zu behalten.

Ihre Führer, so unbedarft sie auch bei öffentlichem Auftreten wirken, haben erkannt, daß nur eine straffe und bis ins einzelne durchdachte Organisationsform auch politische Wirksamkeit und "Schlagkraft" möglich macht. Mit welcher innerparteilichen Disziplin bei der NPD gearbeitet wird, ist auch dem Verfassungsschutz bisher weitgehend verborgen geblieben. So mühen sich beispielsweise die Verfassungsschützer in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen schon seit geraumer Zeit darum, für die Materialsammlung des Bundesinnenministeriums ein geheimes, im Juli 1967 herausgegebenes Papier mit der Chiffre "ODV" in die Hände zu bekommen. "ODV" ist die Abkürzung für "Organisationsdienst für Vorstandsmitglieder der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands". EXTRA-Dienst ist jetzt in der Lage, Einzelheiten dieses mehr als 50 Seiten starken Papiers zu veröffentlichen. Es liegt uns in Fotokopie vor.

Zunächst sind darin alle geheimen Ordnungsnummern der NPD-Kreis- und Landesverbände enthalten: 21 in Schleswig-Holstein, 7 in Hamburg, 74 in Niedersachsen, 3 in Bremen, 95 in Nordrhein-Westfalen, 48 in Hessen, 51 in Rheinland-Pfalz, 72 in Baden-Württemberg, 191 in Bayern, 8 an der Saar (Reihenfolge dieser Aufzählung nach den internen Ordnungsnummern der Landesverbände). Westberlin hat die Ordnungsnummer 11 und ist noch nicht in weitere Unter-Einheiten aufgeteilt. Das erste Kapitel enthält außerdem nur die Satzungen der Partei und die Geschäftsordnung für NPD-Veranstaltungen. Das zweite Kapitel der ODV ist für die Schatzmeister bestimmt. Interessant hierbei das "Statut für die Freundeskreise der NPD", in dem strikte Geheimhaltung von außenstehenden Spendern angeordnet wird: "Das Verzeichnis der Angehörigen des Freundeskreises befindet sich bei dem Schatzmeister des zuständigen Kreisverbandes und ist ausschließlich durch diesen zu führen. Der Schatzmeister braucht über die Namen der Angehörigen des Freundeskreises keiner Parteiinstanz Auskunft zu geben. Er ist nur verpflichtet, die Einnahmen aus dem Freundeskreis der Kasse seines Verbandes zuzuführen."

Kapitel 3 befaßt sich mit Personalfragen: Dort ist geregelt, nach welchen Gesichtspunkten die Mitglieder überprüft werden müssen. Austritte müssen ausführlich schriftlich begründet werden und sind in jedem Einzelfall dem Parteivorstand mit Begründung mitzuteilen. Zur "Verpflichtung von Amtsträgern" heißt es: "Es wird immer wieder vorkommen, daß sich Mitglieder in die Parteivorstände wählen lassen, die sich bei der spärlichen Arbeit als Versager erweisen, obwohl sie mit viel gutem Willen sich diesen Aufgaben unterziehen." Daher muß jedes Vorstandsmitglied vorab eine Erklärung unterschreiben, daß es sein Amt nicht nur "treu und gewissenhaft zum Wohle der NPD", sondern auch nur so lange ausübt, "bis ein Nachfolger für dieses Amt gefunden ist."

Aus dem vierten Kapitel werden wir in der nächsten Nummer "Zehn Gesetze zur Vorbereitung und Durchführung von Versammlungen" dokumentieren. Es spricht in seiner grotesk-komischen, aber psychologisch recht ausgeklügelten Art für sich. Auch das Kapitel "Deutsche Nachrichten", das sich mit Organisation, Werbung und Vertrieb des NPD-Blattes beschäftigt, werden wir auszugsweise dokumentieren.

Politisch-ideologisch bringt ein solches Papier nichts Neues. Es ist lediglich unter organisatorischen Gesichtspunkten hochinteressant. In dieser Partei will man nichts dem Zufall überlassen - und sei es bei irgendeiner Gasthof-Veranstaltung auf dem Dorfe. Und das macht die NPD (die noch immer von einigen linken Gruppen als Gegner in einer Auseinandersetzung nicht für voll genommen wird) gefährlich.

LINKE VERLEGER: VORSCHLÄGE FÜR EINE NEUE MESSE

"Vorschläge für eine neue Art von Buchmesse" will eine Gruppe von Verlagen erarbeiten, die sich auf der Buchmesse im Protest gegen die Polizeimaßnahmen der Messeleitung zusammengefunden haben. Die Gruppe will als liberale Fraktion im Börsenverein daraufhin wirken, daß die nächste Buchmesse mit einer neuen Hausordnung und ohne Polizeieinsatz stattfinden kann. Eine erste Zusammenkunft ist für Ende Oktober geplant.

Der Gruppe gehören unter anderem die Verlage Luchterhand, Melzer, Wagenbach und Europäische Verlagsanstalt an.

JUNKERS-WERKE: HIER SPRICHT DER "SI-BE"

Westdeutsche Rüstungsbetriebe, wie die Junkers-Flugzeug-Werke, lassen durch ihre "Sicherheitsbeauftragten (Si-Be)" umfangreiche Fragebogen an Stellenbewerber verteilen. Im Personalfragebogen wird u. a. nach "lückenlosen Wohnanschriften seit 1945" gefragt, ferner nach "Angehörigen, Verbindungen und Reisen nach 1945 in den kommunistischen Machtbereich", wobei es "auch um SBZ, Ostberlin und Jugoslawien" geht. In der "Ergänzung zum Personalfragebogen" wird nach polizeilichen Ermittlungsverfahren und Strafverfahrengefragt, nach Angehörigen im kommunistischen Machtbereich, nach einer Zugehörigkeit zur KPD oder "deren Hilfsorganisationen". Der Fragebogen entbehrt freilich nicht einer gewissen Komik. Er will von den Bewerbern wissen, ob sie "nachrichtendienstliche Verbindungen" zum kommunistischen Machtbereich haben und fragt: "Welchen politischen Organisationen (hierunter sind nicht die parlamentarischen Parteien zu verstehen) gehören Sie an?" Überdies verwendet der Fragebogen, der die Junkers-Werke offenbar vor kommunistischer Infiltration schützen soll, die nur von den Kommunisten gebrauchte Bezeichnung für den westdeutschen Staat: Er wird "Deutsche Bundesrepublik" (statt "Bundesrepublik Deutschland") genannt.

IRAN: POTEKINSCHER ERDBEBEN-HILFE

"Die Konföderation Iranischer Studenten hat im Ausland für die Opfer der jüngsten Erdbebenkatastrophe in Persien Geld und Sachspenden im Werte von mehr als einer halben Million Mark gesammelt. Um eine Gewähr dafür zu haben, daß diese Mittel tatsächlich im Sinne der Spendenaktion verwandt werden, ist eine Delegation iranischer Studenten an die persische Botschaft in Köln mit der Bitte herangetreten, einer Gruppe von 50 Ärzten und Ingenieuren die Einreise in das betreffende Gebiet zu gestatten. Neben der Kontrolle über die Verwendung der Hilfsmittel soll von dieser Gruppe auch ärztliche und technische Hilfe geleistet werden. Eine Einreisegenehmigung für die Teilnehmer dieser Aktion ist von der iranischen Regierung bisher noch nicht erteilt worden."

Diese Erklärung wurde uns von der Konföderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik übermittelt. Die Befürchtungen der Organisation über die sachgerechte Verwendung der Mittel scheint einem Bericht des Deutschen Fernsehens (I. Programm) zufolge berechtigt. Demzufolge hatten auch andere internationale Organisationen, meist karitativer Art, Schwierigkeiten. Teilweise wurde die Annahme von Spenden von der iranischen Regierung verweigert, teilweise wurden Mittel nicht im Sinne der Aktionen verwandt. Rettungsaktionen für Verschüttete im Erdbebengebiet fanden überhaupt nicht statt, obwohl durch Zufall einige noch Lebende von Angehörigen unter den Trümmern gefunden wurden. Bei einem 15minütigen Besuch des persischen Kaiserpaares im Katastrophengebiet waren auch provisorische Hilfsstationen und Lazarets für die Überlebenden für die Journalisten zu besichtigen: Eine halbe Stunde nach der Schah-Stippvisite wurden auch diese Einrichtungen wieder abgebaut. Das medizinische Personal verschwand auf Lastwagen. In der deutschen Presse war im Gegensatz zu diesem kritischen Fernsehbericht fast ausschließlich von der "rührenden Geste der Kaiserin Farah" die Rede: Sie adoptierte zur Freude des deutschen Leserpublikums vom "Stern" bis zur "Neuen Post" ein Waisenkind.

PERSONALIEN

KURT MEURER, Buchhändler in Westberlin, teilt uns zu unserem EXTRA-Report (77/II) mit, daß die u. a. auf der Verlegerversammlung am 23. September in Frankfurt vorgebrachte Behauptung, er habe die Personalien von Messebesuchern kontrolliert, falsch sei. Er sei nur kurz auf der Buchmesse gewesen und habe "zu so etwas gar keine Zeit" gehabt.

WOLFRAM SANGMEISTER, verabschiedeter Kripo-Chef von Westberlin, nimmt eine Stellung im Oetker-Konzern an. Sangmeister war in der letzten Ausgabe des DDR-"Braunbuchs" wegen seiner NS-Vergangenheit angegriffen worden. Er soll einige SA-Führungsschulen besucht haben und Bevollmächtigter der deutschen Umsiedlungs- und Treuhandgesellschaft (DUT) gewesen sein, die nach Braunbuch "für die Vertreibung der einheimi-

schen Bevölkerung aus den okkupierten Gebieten verantwortlich war". Die DUT unterstand dem SS-Hauptamt "Volksdeutsche Siedlungsstelle". Unwidersprochen war andererseits mehrfach behauptet worden, Oetker sei einer der Finanziere der rechtsextremistischen NPD. Oetkers Stiefvater, Kaselowsky, war Mitglied des Freundeskreises der SS, der Himmler mit Millionenbeträgen unterstützte.

GENERAL LECHLER, Bundeswehrbefehlshaber im Wehrbereich V (Stuttgart) warnte APO-Kreise auf einer Pressekonferenz in Stuttgart, daß die Bundeswehr gegen "Störer" rücksichtslos vorgehen werde. Sollten die "Sicherheitsbereiche in den Kasernen verletzt werden, so werden die für die Sicherheit der Kasernen verantwortlichen Kommandeure möglicherweise zu Entscheidungen gezwungen sein, die äußerst schwerwiegend sind." Lechler spielte dabei offenbar auf die bei der SDS-Konferenz in Frankfurt besprochene "Bundeswehr-Kampagne" an.

SPRINGER-WELT: MUTMASSUNGEN ÜBER DEN RC WESTBERLIN

Unter der Überschrift "Republikanischer Club in Schwierigkeiten?" mutmaßte Springers "Welt" am Mittwoch dieser Woche gleich zweimal (auf Seite 1 und auf Seite 3) über "erhebliche personelle und finanzielle Schwierigkeiten" des Republikanischen Clubs in Westberlin. Eine vom RC-Vorstand beantragte "Einstweilige Verfügung" wurde vom zuständigen Gericht nicht erlassen, offenbar, weil die "soll" und "habe"-Formulierungen des "Welt"-Redakteurs Bilges so schwammig waren, daß sie dem Gericht juristisch nicht faßbar erschienen. In einer Gegendarstellung erklärt der RC-Vorstand, daß der Verein keine personellen und finanziellen Schwierigkeiten habe. Die von den Welt-Verschlechternern auf 15 000 DM bezifferten RC-Schulden stellten sich in den Büchern laut Buchhaltung vom 25. September als Verbindlichkeiten in Höhe von DM 3 869,35 dar. Unwahr seien auch die "Welt"-Behauptungen, daß das Finanzamt Pfändungen habe vornehmen lassen, weil die Lohnsteuer nicht rechtzeitig abgeführt worden sei: "Wahr ist vielmehr, daß alle Lohn-, Kirchen- und Lohnsummensteuern des Republikanischen Clubs e. V. Berlin termingerecht abgeführt worden sind. Auch wurden niemals irgendwelche Pfändungen vorgenommen oder angedroht." Vorstandsmitglieder des RC zu EXTRA-Dienst: "Die Veröffentlichung muß als Teil der seit langem laufenden Verleumdungs- und Verunsicherungskampagne gegen die APO gesehen werden."

RC ERLANGEN: HAT ENDGÜLTIGES DOMIZIL

Der Republikanische Club Erlangen hat jetzt in 852 Erlangen, Hindenburgstraße 17, seine endgültigen Räume bezogen. Er ist damit nicht mehr über die Adresse Hartmannstraße 9 zu erreichen.

RC MÜNCHEN: HEIMAT IM ZENTRUM GEFUNDEN

Der Republikanische Club in München hat Räume im Zentrum gefunden. Sie liegen in der Grillparzerstraße nahe dem Prinzregentenplatz und bieten Platz für etwa 100 Personen. Ein Restaurationsbetrieb ist vorgesehen.

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DER ARBEITSKREIS POLITISCHE THEORIE beginnt am Sonntag, 29. September, 19 Uhr, in den Räumen des RC mit einer "Einführung in das 'Kapital'".

MITTWOCH, 2. Oktober, 20 Uhr, kommt nach dreiwöchiger Pause im RC der Presse-Arbeitskreis wieder zusammen.

MITTWOCH, 2. Oktober, 20 Uhr, nimmt der Arbeitskreis "Internationale Erfahrungen mit der Arbeiterselbstverwaltung und der betrieblichen Mitbestimmung" seine Arbeit auf. Treffpunkt: Bei Martin Pallmann, Berlin 30, Welsnerstraße 3.

DONNERSTAG, 3. Oktober, 20.30 Uhr, trifft sich erstmals der neue Arbeitskreis "Die Rolle der SPD und der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung der letzten 50 Jahre" im RC.

SONNTAG, 6. Oktober, 20 Uhr, spricht im RC Klaus Michael Naether über den "Befreiungskampf in der portugiesischen Kolonie Guinea".

JUSTIZ MOABIT: "RHYTHMISCHER KLATSCHER" VOR GERICHT

Der persische Student Varzandeh hat sich im Moabiter Justizpalast in Westberlin (Saal 618) am 1. Oktober als "Rädelsführer" der Demonstration vom 2. Juni 1967 gegen den Schah von Persien zu verantworten. Eine der Hauptbeschuldigungen lautet dabei, daß er "rhythmisch geklatscht" hat, wie der Ermittlungsausschuß der Studentenschaft an der TU mitteilt. Weitere Verhandlungstage sind für den 4., 8. und 11. Oktober (jeweils 9.15 Uhr) angesetzt.

NPD WESTBERLIN: NEUORGANISIERUNG DER ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Westberliner NPD will ihre Öffentlichkeitsarbeit neu organisieren. Die Landesleitung ist unzufrieden mit den bislang auf Kreisebene durchgeführten Versammlungen. Es sollen jetzt "Informationsabende auf Landesebene" veranstaltet werden. Hierzu will man "überörtlich interessante Themen von qualifizierten Referenten" ansprechen lassen. - Aus der NPD wird weiter bekannt, daß die Ausschlußverfahren gegen "Pieper und andere" (die für die Überfälle auf SDS- und APO-Büros verantwortlich waren) "in Vergessenheit" geraten sind. Pieper und seine Freunde sollen in der NPD bleiben, da ohnehin "Gras über die Sache gewachsen" sei.

BUNDESWEHR: ANZEIGENSTOPP FÜR DIE SCHÜLER-PRESSE

Die Bundeswehr hat die Anzeigenaufträge für alle Schülerzeitungen gestoppt. In den letzten Jahren wurden die Schülerzeitungen mit Werbeanzeigen der Bundeswehr geradezu überschüttet. Offenbar hat die Bundeswehrführung jetzt zur Kenntnis genommen, daß die meisten Schülerzeitungen der Bundeswehr gegenüber zunehmend kritischer wurden. Das Ministerium für Verteidigung hat angekündigt, es werde "nach der Sommerpause" weitere Anzeigeneinschaltungen vornehmen - das ist bisher aber nicht geschehen. Das Ministerium ließ sich, um die "Werbewirksamkeit" der Schülerzeitungen zu testen, detaillierte Angaben über alle technischen Daten der Zeitung machen; nach dem wichtigsten Indiz für die "Werbewirksamkeit", der Auflagenhöhe, wurde aber erstaunlicherweise nicht gefragt. In der Bundesarbeitsgemeinschaft jugendeigener Zeitungen nimmt man daher an, die Bundeswehr werde in nächster Zeit nur noch einige wenige Schülerzeitungen mit Anzeigen bedenken, und zwar solche, die sich nicht "pornographisch" oder "wehrkraftzersetzend" betätigen.

ZITAT DER WOCHE

Im Gemeindebrief der Evangelischen Kirchengemeinde St. Matthäus im Westberliner Bezirk Tiergarten liest man in der Septemбераusgabe unter der Überschrift "Aus Kirche und Gemeinde" folgendes: "Urlaubszeit - stille Zeit. Die hinter uns liegenden sommerlichen Wochen waren für viele von uns eine stille Zeit. Wir haben etwas Ferien machen können. Wir haben keine aufregenden Demonstrationen erlebt. Und unsere Gottesdienste sind nicht unliebsam gestört worden. Dafür sind wir dankbar nach der Unruhe der vorangegangenen Monate. Wir sind uns bewußt, daß das heutzutage keine Selbstverständlichkeit ist, wenn wir - um ein altes Kirchengebet zu zitieren - 'in Gottseligkeit und Ehrbarkeit' friedlich unseres Glaubens leben können..."

SATIRE DER WOCHE

Der Republikanische Club in Rheydt hat in einer "Erklärung" Journalisten der rheinischen Stadt geantwortet, die dem Club offenbar eine alsbaldige linke Machtübernahme in der Geburtsstadt des ehemaligen "Reichspropagandaministers" Dr. Joseph Goebbels unterstellten. In der "Erklärung" heißt es u. a.: "Eine größere Anzahl rotchinesischer Waffen und Schriften Mao Tse-tungs wird in den nächsten Tagen beim Vorsitzenden des RC Rheydt eintreffen, der sie zu gegebener Zeit an die Mitglieder ausgeben wird. Bei der Vergabe der Waffen ist die gültige Clubkarte auf Verlangen vorzulegen. Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, erhalten nur leichte Handfeuerwaffen. Es besteht jedoch für sie die Möglichkeit, sich schwere Waffen (Schützenpanzer, Granatwerfer etc.) durch direkte Aktionen in der Polizeikaserne an der Brandenberger Straße zu verschaffen. Günstige Verkehrsverbindungen: Bus der Linie 12 ab Marienplatz. Ein rechtlicher Anspruch auf Bewaffnung besteht jedoch nicht. Gerichtsstand ist Peking."

GRIECHEN: AUFRUF "NIEDER MIT DEN FASCHISTEN"

Unter der Überschrift "Nieder mit den Faschisten! Es lebe der Widerstand des griechischen Volkes" haben alle oppositionellen griechischen Gruppen in Westberlin zu einer Demonstration für den heutigen Sonnabend aufgerufen. Unterschrieben haben den Aufruf der "Vereingriechischer Studenten und Akademiker", die "Griechische Zentrums-Union", die "Freunde der Einheitlichen-Demokratischen Linken (EDA)", die "Sozialistisch-Demokratische Union Griechenlands", die "Kampffront der Auslandsgriechen" und das "Komitee für die Demokratie in Griechenland". Der Text des Aufrufs:

"Das griechische Volk und die gesamte demokratische Weltöffentlichkeit werden in diesen Tagen Zeugen des verzweifelten Versuchs der Militärjunta in Griechenland, sich mit einem 'verfassungsmäßigen' Mantel zu bekleiden, um dadurch ihren wirklichen Charakter zu verbergen.

Aber das griechische Volk und die Demokraten auf der ganzen Welt lassen sich nicht täuschen. Sie wissen genau, daß sowohl die Junta, ihre 'Verfassung' und die Farce von Volksabstimmung vom 29. September 1968 faschistisch sind. Sie sind gegen die Interessen des griechischen Volkes gerichtet. Ihr einziger Zweck ist die Wahrung der NATO-Interessen in Griechenland und die Aufrechterhaltung der amerikanischen Vormachtstellung im Mittelmeer. Sie wissen auch, daß die Militärjunta seit dem 21. April 1967, als sie mit Hilfe des CIA die anberaumten Wahlen in Griechenland verhinderte, das ganze Land in ein riesiges Konzentrationslager verwandelte.

Die Diktatur in Griechenland ist das Ergebnis der Bemühungen der faschistischen Kräfte Griechenlands, die von den Amerikanern und dem Monopolkapital unterstützt werden. Dieser Angriff richtet sich hauptsächlich gegen die Emanzipationsbewegung des griechischen Volkes. Trotz seiner faschistischen Demagogie und den Terrormaßnahmen im ganzen Land ist es dem Diktatur-Regime nicht gelungen, die Unterstützung des griechischen Volkes zu gewinnen. Die überwältigende Mehrheit aller Griechen ist eindeutig gegen die Junta und leistet trotz Unterdrückung Widerstand.

Die Athener Faschisten können sich allein dank der Hilfe einiger ihrer NATO-Verbündeten - insbesondere der Bundesrepublik und der USA - an der Macht halten. Selbst die bürgerlich-demokratischen Mitglieder des Europa-Rates haben mehrmals gegen die Verletzung der Menschenrechte durch das Militärregime protestiert.

Um ihre brutale Herrschaft aufrechtzuerhalten, hat die Militärjunta beschlossen, die Griechen zu zwingen, die vorgeschriebene 'Verfassung' zu akzeptieren. Die Griechen sollen durch Terror gezwungen werden, eigenhändig die Abschaffung ihrer Grundrechte zu legalisieren.

Aber die griechischen Demokraten werden das vorfabrizierte Ergebnis der 'Volksabstimmung' niemals als legal anerkennen. Sie werden weiterhin gegen ihre Versklavung kämpfen. Ihr Widerstand ist die Antwort auf die Herausforderung der Faschisten. Auf die Dauer kann niemand dem griechischen Volk die Menschen- und Bürgerrechte vorenthalten. Wer es versucht, ist heute schon verantwortlich für den kommenden Bürgerkrieg. Denn die Griechen sind entschlossen, die Tyrannen zu stürzen und für die Souveränität des Volkes zu kämpfen. Sie wollen ein politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System, das jeden Rückfall in die Zustände vor dem 21. April 1967 unmöglich macht.

Wir rufen alle demokratischen Bürger Westberlins und alle antifaschistischen Organisationen auf, sich mit uns solidarisch zu erklären und an unserer Demonstration teilzunehmen. Beginn: 10 Uhr am Sonnabend, den 28. September 1968. Ort: Wittenbergplatz. Marschroute: Griechische Militärmission (Uhlandstraße 7). "

HINWEIS DER REDAKTION

IM WESTBERLINER BEZIRK WILMERSDORF soll ein Kinderladen eröffnet werden. Fünf Kinder zwischen 2 und 5 Jahren wurden bereits angemeldet. Weitere Interessenten können sich bei Sigrid Krüger, 1 Berlin 31, Hektorstraße 21 (Telefon 886 51 69) melden.

SENGHOR, KANT, MERCEDES / VON HANNES SCHWENGER

Die Frankfurter Proteste gegen den Staatspräsidenten des Senegal, Leopold Sedar Senghor, sind in der Öffentlichkeit auf Unverständnis gestoßen. Zu wenig ist in der Bundesrepublik über die politischen Zustände im Senegal bekannt. Allerdings können sich Senghors Kritiker auf das Pressematerial berufen, das der Börsenverein des deutschen Buchhandels selbst herausgebracht hat. Dort wird zugegeben, daß "wie alle Größe, so auch diejenige Senghors begreifliche Schwächen" habe: "Der Innenpolitiker Senghor, Chef der 'Union Progressiste Sénégalaise', mochte zu Beginn seines Amtes als exekutiver Staatspräsident an eine parlamentarische Demokratie nach westeuropäischem Vorbild gedacht haben. Praktische Erfahrungen mit den oppositionellen Kräften belehrten ihn, daß diese Form der Regierung erst dann möglich sein würde, wenn die Prinzipien des Systems auch von den politischen Gegnern angenommen waren. Er verbot daher die 'Parti Africain de L'Indépendance' und die noch weiter links stehende 'Parti Communiste Sénégalais'... Senghor bezeichnet sich als Sozialist. Das bedeutet nicht, daß er sich als Marxist empfindet. Seine Überzeugung von der spezifischen Eigennatur des Afrikaners und seiner Offenheit gegenüber allen Winden der Welt läßt eine dogmatische Festlegung einfach nicht zu. Seine Auffassung von der Demokratie innerhalb der afrikanischen Familie und Sippe, geordnet durch väterliche Gewalt, ist im Grunde immer noch sein Vorbild für die Ordnung eines modernen afrikanischen Staatswesens."

Senghors Auffassung von Demokratie beinhaltet auch, daß der Präsident es für vereinbar hält, gleichzeitig das Amt des Staatspräsidenten, des Ministerpräsidenten, des Verteidigungsministers und des Generalsekretärs der senegalesischen Einheitspartei auszuüben. Und da für Senghor nach eigener Aussage "Politik nur ein Aspekt der Kultur" ist, kommandiert der Präsident zugleich auch die senegalesische Kulturpolitik: Auf seine Veranlassung wurde der deutsche Übersetzer seiner Werke, Janheinz Jahn, mit dem Ehrendoktor der Universität Dakar ausgezeichnet.

Besonders aufschlußreich sind die Aufzeichnungen des westdeutschen Botschafters im Senegal, York Alexander Freiherr von Wendland, der über Senghor berichtet: "Ich wurde an den Tisch des Präsidenten gebeten, an dem auch der Gouverneur der Provinz und der ständige Vertreter des europäischen Entwicklungsfonds Platz nahmen. Der Präsident sprach nur von Deutschland und schien dabei seine Umgebung vollständig zu vergessen. Er stellte mir viele Fragen; er kam auf die moderne Technik zu sprechen, auf den deutschen Erfindungsgeist, auf Mercedes und Volkswagen. Aber immer wieder suchte er im modernen Deutschland den Geist Goethes und Kants... Ihm liege daran, daß die Senegalesen den Geist Kants in sich aufnahmen. Er wünsche, daß seine Elite sich den 'kategorischen Imperativ' der Pflichterfüllung zu eigen mache."

Doch nicht nur Kant, Mercedes und Volkswagen sind es, die Senghor an Deutschland bewundert: Es ist auch ein Deutscher, "dem nach Senghors Ansicht Afrika das Erwachen seiner Seele verdankt": Dem Afrikareisenden Leo Frobenius. Er habe "die Anhänger der Négritude zu Goethe geführt. Die Vielseitigkeit Johann Wolfgang Goethes, des Dichters, Dramatikers und Staatsministers hatte Leopold S. Senghor stets fasziniert, dieses Leben 'emsig und methodischer Arbeit' erschien ihm nachahmenswert." Senghor lernte das deutsche Leben 1940 in deutscher Kriegsgefangenschaft kennen. "Gelegentlich erzählt er mit Vergnügen, wie der Kommandant seines Lagers ihn in die griechische Taschenausgabe der Bibel vertieft fand und ihn darauf schon am nächsten Tag in die Lagerbibliothek versetzte." Senghor "arbeitet täglich zwölf Stunden. Dabei mutet seine Pflichtauffassung preußisch an."

Aus dem Dichterleben Senghors erzählt die Fernsehjournalistin Gisela Bonn, die kürzlich einen Fernsehfilm über den Präsidenten drehte: "Ein Stratege der politischen Macht, ein strenger Verwalter seiner verfügbaren Zeit, kommt er niemals eine Minute zu spät. Nicht, als wäre sein ganzes Leben verplant. Dagegen wehrt sich der Dichter, der aufgeschlossen ist der schöpferischen Vision. Für sie bleibt das Wochenende am Meer, auf dem kleinen Sommersitz nahe Popenguine, einem Dörfchen, das 80 Kilometer südlich der senegalesischen Hauptstadt liegt... Auf der Terrasse, am großen Tisch ist der Ort der dichterischen Konzentration. Hier schreibt Senghor seine Essays und Gedichte, wäh-

rend Madame im Hintergrund stickt oder liest."

Auf dem Hintergrund von Madames Stickzeug erleben wir die "Entfaltung einer Emotionskraft, die noch die Vernunft emotional zu binden vermag." So sieht es Senghors deutscher Dichterfreund Karl Krolow. Er lobt: "Die Schärfe, die entschiedene Aggression, die bei Césaire evident ist, fehlt bei ihm oder ist gemildert als Botschaft verwandelt." Krolow schreibt Senghor dabei "das Wissen um ein Universum von hierarchisch geordneten Lebenskräften" zu. Und schließlich endet die Schwärmerei von afrikanischem Blut und Bodenbeider Forderung Senghors: "Es ist Zeit, den Verfall der modernen Welt, vor allem der Dichtung, aufzuhalten." Kein Wunder, wenn der westdeutsche Botschafter im Senegal zu dem Schluß kommt: "Die Äußerungen des Präsidenten waren gewinnend in ihrer cartesianischen Klarheit, diplomatischen Finesse und menschlichen Wärme... Keinem würdigeren Förderer des Gedankens der Menschlichkeit und der Verständigung der Völker, keinem zugleich ernsthafteren Freund Deutschlands könnte der Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen werden."

EXTRA-DOKUMENTATION

DAS "MAHLER-PAPIER" (II)

EXTRA-Dienst veröffentlicht heute den zweiten und letzten Teil eines intern gedachten, aber weder geheimen noch geheimgehaltenen Diskussionsbeitrages von Horst Mahler vom Juni 1968, der von der SPD-Führung Westberlins jetzt auszugsweise veröffentlicht worden war, um mit der Opposition in den eigenen Reihen fertig zu werden. Das Papier trägt die Überschrift "Die 'Krise' der Außerparlamentarischen Opposition im Sommer 1968 - und wie man sie überwindet".

"Angesichts dieser ideologischen Unklarheiten und des Unvermögens der Initiativgruppen der Außerparlamentarischen Opposition (SDS, RC u. a.), die mobilisierbaren Massen organisatorisch zu erfassen und zu einer kontinuierlich wirkenden politischen Kraft zu entwickeln, ist die Organisationsfrage auf die Tagesordnung gesetzt.

Die notwendige Form und der Mechanismus der Organisation kann jedoch nicht abstrakt, losgelöst von den inhaltlichen Aufgaben, die von der Organisation zu lösen sind, erörtert werden. Jede Gruppe, die keine klar bestimmbare Funktion hat, zerfällt; jede Gruppe, deren Struktur nicht ihrer Funktion angepaßt ist und die Funktion nicht erfüllen kann, zerfällt ebenfalls.

Wir müssen erkennen, daß es uns angesichts der hochgradigen und verhältnismäßig starken Entfremdung der Arbeiterklasse noch nicht möglich ist, den sozialen und politischen Kampf des Proletariats für seine Interessen unmittelbar zu organisieren. Das führt zu der weiteren Schlußfolgerung, daß es im gegenwärtigen Stadium nicht darum gehen kann, eine proletarische Klassenpartei aufzubauen, denn diese ist ohne maßgebliche Beteiligung der Proletarier selbst nicht denkbar. Sozialistische Gruppierungen im akademischen Bereich oder dessen Nachbarschaft könnten nur die Karikatur einer Arbeiterpartei sein (und sind es in der Tat). Eine proletarische sozialistische Partei kann sich nur in dem Maß entwickeln, wie sich das proletarische Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse selbst entwickelt.

Trotz der spektakulären Entwicklung der Außerparlamentarischen Opposition stehen wir nach wie vor im Vorfeld der politischen Organisation der Arbeiterklasse. Die politische Bedeutung der Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition besteht unter anderem darin, daß sie sich im Ansatz als eine Massenbewegung erwiesen hat und dadurch die Erwartung in das gesellschaftliche Bewußtsein getreten ist, daß sich diese Massenbewegung früher oder später einen organisatorischen Ausdruck verschaffen wird. Kennzeichen für die Situation ist die Tatsache, daß zum ersten Male seit Beendigung des Krieges die Pläne zur Gründung einer neuen Linkspartei bzw. einer sozialistischen Partei nicht von den maßgeblichen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition entworfen werden, sondern die etablierten Parteien - insbesondere die SPD - geradezu flehentlich bitten, eine solche Partei zu gründen. Die außerparlamentarischen Gruppen haben bisher keine Neigung gezeigt, diesem Wunsche zu entsprechen.

Diese Haltung deutet darauf hin, daß ihre politische Praxis von der Erkenntnis bestimmt wird, daß die notwendige Voraussetzung für die politische Organisation der Arbeiterklasse die Zertrümmerung der Sozialdemokratischen Partei ist. Der Prozeß der Zerschlagung der sozialdemokratischen Organisationen hat begonnen. Der Nürnberger Parteitag sowie der Parteitag der Berliner SPD, aber auch die Parteitage der anderen Landesverbände sind der sichtbare Ausdruck dieses Prozesses.

Die Notwendigkeit, diesen Prozeß zu fördern und zu organisieren, habe ich in dem Manuskript "Die Aufgaben der sozialistischen Linken in Westdeutschland" (1962) skizziert. Die bisherige Entwicklung hat die dort gegebene Einschätzung in wesentlichen Punkten bestätigt. Unsere Arbeit muß auf dieser Linie fortgesetzt werden.

Die Immobilität der Westberliner Bevölkerung ist u. a. dadurch bedingt, daß die Sozialdemokratische Partei trotz aller Erschütterungen in den vergangenen Monaten immer noch den Eindruck aufrechterhalten kann, regierungsfähig und in der Lage zu sein, die wirtschaftlichen Probleme der Stadt zu lösen und damit das Interesse der Werktätigen (Aufrechterhaltung ihres derzeitigen Lebensstandards) wirksam wahrzunehmen. Es kommt daher alles darauf an, durch koordinierte Aktion innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratischen Partei diese zum politischen Offenbarungseid zu zwingen. Zwar wird die Führung von sich aus niemals die Konsequenzen ziehen; es bestehen jedoch gute Aussichten, daß die Widerstandsgruppen innerhalb der Partei der Gesamtorganisation die Diskussion über die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Stadt aufzwingen können und durch diese Diskussion die Regierungsunfähigkeit der Partei oder - besser gesagt - die Unfähigkeit, die unmittelbaren materiellen Bedürfnisse und Interessen der werktätigen Bevölkerung zu sichern, offenbar wird.

Allein auf diesem Wege lassen sich echte und meßbare Erfolge erzielen; und schließlich ist der nachweisbare Erfolg eine wesentliche sozialpsychologische Voraussetzung für die Erhaltung und Festigung von politischen Gruppen.

Zwar ließe es sich als Erfolg ausgeben, wenn es uns gelingen würde, in sogenannten Basisgruppen einige tausend Werktätige zu organisieren. Aber es wären eben nur einige Tausend, deren politische Aktivität keine nennenswerte Vermittlung finden könnte. Der unvermittelte Ansturm dieser Gruppen gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung könnte keine relevanten Wirkungen erzielen und müßte daher notwendig zur Resignation, wenn nicht sogar zu Liquidation, führen. Wenn es dagegen einigen Hundert gelingt, durch eine konsequente und zähe Kleinarbeit in den Institutionen - insbesondere in der Sozialdemokratischen Partei - die wesentlichen Stützen der kapitalistischen Gesellschaft zu unterminieren und zum Zusammenbruch zu bringen, wäre der Fortschritt auf dem Wege zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft unmittelbar einsichtig, woraus sich ständig neue Impulse zur Fortsetzung und Aufrechterhaltung des politischen Engagements ergeben würden.

Mit dieser Feststellung soll die Bedeutung der Basisgruppen keineswegs geleugnet werden. Diese Basisgruppen werden ihre Bedeutung aber erst dann erlangen, wenn ihre Tätigkeit an der Basis mit dem Widerstand innerhalb der Institutionen - insbesondere innerhalb der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei - verbunden und synchronisiert wird. Die Institutionen werden wesentlich empfindlicher und nach allen Erfahrungen unangemessener und ungeschickter reagieren, wenn die Parteibürokratie erkennen muß, daß die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei über die Basisgruppen an die Bevölkerung vermittelt werden. Der Parteiapparat wird dann keine Möglichkeit haben, die innere Auseinandersetzung totzuschweigen. Andererseits sind die Widerstandsgruppen innerhalb der Institutionen darauf angewiesen, durch die Arbeiterbasisgruppen mit den sozialen Problemen der werktätigen Bevölkerung vertraut gemacht zu werden. In diesem Sinne ist das Manuskript vom November 1966 zu präzisieren.

Über allem darf nicht vergessen werden, daß die Herstellung und Aufrechterhaltung einer gewissen Öffentlichkeit für die politischen Ziele der sozialistischen Opposition eine wesentliche Randbedingung des politischen Kampfes sind. Die bürgerliche Gesellschaft ist ständig auf dem Sprung, die Öffentlichkeit so weit einzuengen, daß in ihr sozialistische Zielvorstellungen nicht mehr zur Darstellung kommen können. Es wird daher auch in Zukunft notwendig sein, durch provokative Aktionen die notwendige Öffentlichkeit herzustellen.

Aus dieser Einschätzung der gegenwärtigen politischen Situation ergeben sich konkrete Schlußfolgerungen:

1. Wir müssen in den Reihen der Außerparlamentarischen Opposition die Notwendigkeit des Widerstands innerhalb der Institutionen - insbesondere innerhalb der Sozialdemokratie - propagieren und einsichtig machen mit dem Ziel, mehr und mehr Anhänger der Außerparlamentarischen Opposition in diesen Widerstand aktiv einzubeziehen, was konkret heißen muß, daß wir nach entsprechender Vorbereitung eine Eintrittswelle in die Sozialdemokratische Partei und in die Gewerkschaften organisieren müssen. Das heißt auch, daß wir dem Sektierertum und dem moralischen Rigorismus innerhalb der Linken entgegenzutreten müssen.

"Man muß... zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zu Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften (und in die Sozialdemokratische Partei) hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen kommunistische Arbeit zu leisten." (Lenin: Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheiten im Kommunismus, Ausgewählte Werke, Band 2, Seite 701).

Hier ist der Hinweis angebracht, daß es sich nicht um eine Wiederbelebung des Trotzkiistischen "Intrismus" handeln kann. Das Verbleiben in den sozialdemokratischen Organisationen ist nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck - nämlich zur sozialistischen Arbeit, was auch organisatorische Arbeit bedeutet. Im einzelnen kann hier auf das Manuskript aus dem Jahre 1962 verwiesen werden.

2. Mit den Gruppen, die bereits innerhalb der SPD bestehen und die dort Widerstand leisten, und mit den einzelnen Mitgliedern, die für diesen Widerstand gewonnen werden können, sind intensive Kontakte zu pflegen. Ihnen ist jede nur mögliche Hilfestellung zu gewähren. Durch permanente Diskussionen über die Rolle und die Aufgabe der Widerstandsgruppen ist zu verhindern, daß diese sich in "sozialdemokratische" Gruppen zurückverwandeln; d. h. eine Integrationsfunktion annehmen.

3. Die Basisgruppen im engeren Sinne (das sind solche, die sich auf der Grundlage verhältnismäßig homogener sozialökonomischer Interessen organisieren) sind in jeder Hinsicht zu fördern. Es sind Kontakte unter den einzelnen Basisgruppen herzustellen. Darüber hinaus aber auch Kontakte zwischen den Widerstandsgruppen innerhalb der Institutionen und den Basisgruppen.

4. Zur Lösung der unter 1 bis 3 aufgeführten Aufgaben wird es notwendig werden, innerhalb des Republikanischen Clubs und über den Republikanischen Club hinaus (SDS, SHB, SJ, Sozialistischer Club usw.) die vorhandenen sozialistischen Kader zusammenzufassen und einheitlich bei der Lösung der Aufgaben 1 bis 3 einzusetzen. Der erste Schritt auf diesem Wege ist die Einberufung einer sozialistischen Konferenz, an der alle in Betracht kommenden Gruppen beteiligt sein müssen. Diese Konferenz wird nur dann zu praktischen und halbwegs richtigen Resultaten führen, wenn sie durch eine Diskussion in den einzelnen Gliederungen vorbereitet wird.

5. Um jeweils die kurzfristige Mobilisierung der Außerparlamentarischen Opposition insgesamt (d. h. in ihrer ganzen Breite bis hin zu den Liberalen) zu ermöglichen, muß die Koordinationsarbeit unter den einzelnen Gruppierungen der Außerparlamentarischen Opposition verbessert und intensiviert werden. Diese Koordination wird dann leichter möglich sein, wenn es gelingt, durch eine intensive Diskussion den einzelnen Teilgruppen der Außerparlamentarischen Opposition den politischen Stellenwert der Mobilisierungskampagnen innerhalb der Konzeption der einzelnen Gruppe einsichtig zu machen. Hier sollte sich eine besondere Studiengruppe mit den politischen Zielsetzungen der Teilgruppen vertraut machen und Argumentationsreihen für die Notwendigkeit der Kampagnen innerhalb dieser Zielsetzungen entwickeln.

6. Um die aus Inaktivität und Selbstbeschäftigung der verschiedenen Teilgruppen resultierende verhältnismäßige Isolation zu überwinden, sollte der Vorstand des RC dafür sorgen, daß die nicht-sozialistischen Teilgruppen in der politischen Diskussion des Republikanischen Clubs stärker repräsentiert sind. Der Club sollte daher systematisch die einzelnen Gruppen einladen und die Diskussion sorgfältig vorbereiten. Für die Vorbereitung ist auf die zu Punkt 4 vorgeschlagenen Studiengruppen zurückzugreifen. Bei diesen Diskussionen ist besonders darauf zu achten, daß sich nicht der aus einer grundsätzlichen Übereinstimmung in Tagesfragen ergebende Leerlauf der Argumentation einstellt. Die

Diskussion muß daher auch jeweils auf die gruppenspezifischen Unterscheidungsmerkmale, d.h. auf diejenigen Punkte der politischen Konzeption gelenkt werden, die mit den politischen Konzeptionen anderer Gruppen - insbesondere der sozialistischen Gruppen - nicht übereinstimmen.

7. Mit Rücksicht auf die durch den Widerstand innerhalb der Institutionen provozierten Öffentlichkeitskampagnen der Sozialdemokratie sind aus der Clubmitgliedschaft Agitationsteams zu rekrutieren, die in der Lage sind, bei allen möglichen politischen Veranstaltungen (Bürgerversammlungen, Vortragsabende in Jugendheimen, Wahlversammlungen, Kundgebungen und Kongresse) die Inhaltslosigkeit des sozialdemokratischen Gewäschs zu entlarven und auf die wirklichen Probleme der Stadt hinzulenken. Es kommt dabei nicht so sehr darauf an, daß diese Agitationsteams ihrerseits fertige Lösungen anbieten. Der entscheidende Erfolg ist dann gesichert, wenn es gelingt, bei derartigen Veranstaltungen ein echtes Problembewußtsein zu schaffen und damit aufzuzeigen, daß die Politik der Sozialdemokratischen Partei keine Konzeption bereithält, die eine Lösung der Probleme verspricht. Das Ziel dieser Agitationsteams sollte es sein, nach Möglichkeit in den einzelnen Veranstaltungen die Diskussionsleitung zu übernehmen. Auf diese Weise können die mit großem finanziellen Aufwand betriebenen Öffentlichkeitskampagnen der Sozialdemokratischen Partei umfunktioniert werden. Die Aktionen dieser Agitationsteams sollten nach Möglichkeit mit den Widerstandsgruppen innerhalb der Institutionen abgestimmt werden, damit man sich gegenseitig die Bälle zuspielen kann.

8. Die Heranbildung dieser Agitationsteams gewährleistet zugleich die Entwicklung eines umfassenden politischen Bewußtseins der Clubmitgliedschaft. Dieses Bewußtsein bildet dann die Grundlage für eine Umstrukturierung des Clubs nach Rätegesichtspunkten, die mir im gegenwärtigen Stadium noch nicht möglich scheint. Die Agitationsteams sollten in Fünfergruppen organisiert sein (Zehnergruppen ergeben schon wieder eine zu starke Anonymität des Einzelmitglieds und verstärken die Probleme der Gruppendisziplin).

Auf der Grundlage dieser Betrachtungen sollten wir eine Übereinstimmung dahingehend erzielen, daß unsere Politik von folgender Grundthese auszugehen hat:

Die in antagonistische Klassen gespaltene spätkapitalistische Gesellschaft wird durch die Kanalisierung und Verdrängung des sozialen Konflikts, durch die ideologische Verschleierung des sozialen Gegensatzes mit Hilfe zurechtgeschneiderter Pluralismustheorien in die spätkapitalistische, bürgerliche Ordnung integriert. Die Kanalisierung und Verschleierung wird vermittelt durch die Institutionen, insbesondere durch die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften. Die Desintegration der spätkapitalistischen Gesellschaft, die die notwendige Voraussetzung eines erfolgreichen Klassenkampfes ist, setzt daher die Destruktion dieser Institutionen voraus.

Die Institutionen sind gegen äußere Einwirkungen verhältnismäßig stabil. Der Widerstand ist daher in ihnen selbst zu entfalten und mit den Aktionen von außen zu koordinieren."

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: